

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Ordnung, Sicherheit und  
Euromodellstadt**

am Donnerstag, dem 19.09.2013 im Rathaus, Sitzungssaal

### **I.**

#### **ORT, ZEIT**

Die 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Ordnung, Sicherheit und Euromodellstadt war eine öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Guben, sie fand am 19.09.2013 im Rathaus, Sitzungssaal statt.

**Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr**

**Ende der Sitzung: 18:30 Uhr**

### **II.**

#### **TEILNEHMER:**

Herr Axel Bärwolf  
Herr Dr. Jürgen Fuchs  
Herr Gerhard Lehmann  
Frau Irmgard Schneider  
Herr Uwe Bauler  
Frau Silvana Golisch  
Herr Carsten Jacob  
Herr Werner Soyke  
Frau Jana Wilke

Stellvertreter für Herrn Quiel

Entschuldigt nicht anwesend sind:

Herr Günter Quiel  
Herr Alexander Schulz  
Frau Ilse Jannaschk  
Herr Joachim Klos  
Herr Jürgen Ochsmann  
Frau Aleksandra Poraszka  
Frau Sonja Sage

Vertreter: Gerhard Lehmann

Ferner waren Anwesend:

Vertreter der Verwaltung:

|                    |                                   |
|--------------------|-----------------------------------|
| Herr Uwe Schulz    | Fachbereichsleiter III            |
| Frau Monika Döring | Sachbearbeiter Fachbereich III    |
| Frau Reichenstein  | Sachbearbeiter Fachbereich VI     |
| Herr Schnake       | Leiter Kommunale Rechnungsprüfung |
| Herr Bartusch      | stellv. Leiter Fachbereich V      |
| Frau Rodinger      | Sachbearbeiter Fachbereich V      |

Gäste

|                |                         |
|----------------|-------------------------|
| Herr Bärmann   | Bärmann und Partner GF  |
| Herr Stahlberg | Gemeinde Schenkendöbern |
| Frau Halpick   | Lausitzer Rundschau     |
| Herr Fuchs     | BUND                    |
| Brose          | Bürger                  |

### III. TAGESORDNUNG

Die Sitzung wurde mit folgender Tagesordnung durchgeführt:

#### ÖFFENTLICHE SITZUNG

|     |  | Seite |
|-----|--|-------|
| TOP |  |       |
| 1.  | Begrüßung, Eröffnung und Feststellung der<br>Beschlussfähigkeit  | 3     |
| 2.  | Genehmigung der Tagesordnung   | 3     |
| 3.  | Genehmigung des Protokolls vom 23.05.2013  | 3     |
| 4.  | Informationen zur Umverlegung der B 112<br>V.: Landesbetrieb für Straßenwesen  | 3     |
| 5.  | Vorplanung Uferstraße<br>V.: FB VI   | 5     |
| 6.  | Sachstandsbericht des FB V zu folgenden Themen:<br>Straßenreinigung und Winterdienstsatzung<br>Veränderungen bei Glascontainerstandorten<br>Ausschreibung Baumpflege<br>V.: FB V | 9     |
| 7.  | Informationen zum Europäischen Jahr der Luft<br>V.: Frau Schneider   | 19    |
| 8.  | Sonstiges  | 21    |

## IV. SITZUNGSVERLAUF

### ÖFFENTLICHE SITZUNG:

Die öffentliche Sitzung begann um 16:00 Uhr.

#### **1. Begrüßung, Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Lehmann, stellv. Vorsitzender des Ausschusses UVOS, begrüßt die Abgeordneten, Mitarbeiter der Verwaltung und Gäste.

Herr Lehmann stellt fest, dass von 6 Abgeordneten 4 Abgeordneten anwesend sind, damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben, obwohl heute keine Beschlüsse auf der Tagesordnung stehen.

#### **2. Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Lehmann fragt an, ob es Ergänzungen zu der Tagesordnung gibt. Das ist nicht der Fall. Er bittet die Abgeordneten, darüber abzustimmen. Die Abgeordneten bestätigen die vorliegende Tagesordnung einstimmig.

#### **3. Genehmigung des Protokolls 23.05.2013**

Herr Lehmann fragt an, ob es zu dem letzten Protokoll des Ausschusses UVOSE Bemerkungen oder Ergänzungen gibt.

Das ist nicht der Fall. Er bittet um Abstimmung zu dem Protokoll. Die Abgeordneten stimmen dem Protokoll einstimmig zu.

#### **4. Informationen zur Umverlegung der B 112**

**Herr Lehmann** gibt zu dem Tagesordnungspunkt bekannt, dass ein Vertreter des Landesbetriebes für Straßenwesen eingeladen wurde. Er bittet Herrn Schulz um das Wort.

##### **Herr Schulz**

In dieser Angelegenheit hat die Stadtverwaltung am 18.9.2013 ein Schreiben vom Landesbetrieb für Straßenwesen erhalten. Diese Schreiben wird verlesen. Zusammenfassend wird in dem Schreiben erklärt, dass die Zusage zurückgezogen wird, in diesem Ausschuss zu dem Tagesordnungspunkt zu berichten. Er bittet die Kurzfristigkeit zu entschuldigen.

##### **Herr Lehmann**

Wir werden dieses Schreiben nicht lange interpretieren, aber es kann sich jeder seinen Reim daraus machen. In Bezug auf diese Absage wurde Herr Stahlberg von der Gemeindeverwaltung Schenkendöbern gebeten, da mit der Gemeinde eine Betroffene ist, so wie die Stadt Guben nicht als Betroffene genannt wird, zu diesem Tagesordnungspunkt entsprechend seinem Wissen- und Kenntnisstand eine Information zu diesem Vorhaben zu gewähren.

### **Herr Stahlberg**

Er bedankt sich für die ganz kurzfristige Einladung. Aus diesem Grund hat Herr Stahlberg nur ganz schnell eine Präsentation zusammenstellen können, um über die Verlegung, die eigentlich zu 100 % auf dem Territorium der Gemeinde Schenkendöbern stattfindet, zu informieren.

Der Bericht erfolgt anhand einer Power-Point-Präsentation zu folgenden Fragen.

- Was ist geplant?
- Warum lehnt die Gemeinde die Planungen, so wie sie vorgelegt sind, ab?
- Welche Forderungen werden seitens der Gemeinde Schenkendöbern gestellt?

Die Präsentation wird Anlage zum Protokoll.

### **Herr Lehmann**

Bedankt sich bei Herrn Stahlberg. Es ist höchst interessant, aus der Sicht der Gemeinde Schenkendöbern über die Vorhaben informiert zu werden, denn die Gubener sind auch Verkehrsteilnehmer zwischen Guben und Forst und sind letztendlich auch betroffen. Es ist höchst interessant, die Zusammenhänge zwischen diesem Ausbau und dem Planvorhaben Jänschwalde (Nord) in Verbindung zu sehen, so wie Herr Stahlberg es dargestellt hat. Er denkt, es sollte die Gemeinde Schenkendöbern, da die Kommune Guben in dem Sinne mit der Ausladung des Teilnehmers nicht mitzureden haben, ihre Kraft in der Richtung konzentriert werden, dass wirklich im Interesse der Einwohner, ganz konkret von Taubendorf und auch Grießen, das ist alles unmittelbar betroffenes Gelände, dagegen vorgeht oder entsprechend handelt, um hier für die Einwohner entsprechende optimale Bedingungen zu gewährleisten.

Die Frage von Herrn Lehmann ist, wie weit wird der Standpunkt der Gemeinde Schenkendöbern, so wie Herr Stahlberg es heute aus seiner Sicht dargestellt hat, durch das Straßenamt entsprechend berücksichtigt oder welchen Arbeitsstand gibt es? Gibt es noch Kompromissverhandlung oder anderes?

### **Herr Stahlberg**

- zum Thema wie weit ist eine Kompromissfähigkeit da.

Bis lang ist sie gleich „Null“. Wir hatten eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Dort waren auch alle Punkte, die Herr Stahlberg heute angesprochen hat, aufgeführt. Die Erwiderung hat ganz anders argumentiert, aber Kern der Erwiderung ist, wir halten an unseren Planungen fest. Der Hintergrund ist nicht bekannt, ob es zu knapp wäre, jetzt umzuplanen, weil die Straße in 2014 vom Verkehr wirksam werden soll. Das ist alles zeitlich ambitioniert, oder ob man grundsätzlich im Landesstraßenamt ungerne Planfeststellungen umplant. Die Gemeinde Schenkendöbern hat damals versucht sich gegen den Neubau der B 97 zu wehren. Die Gemeinde Beeskow-Finkenherd hat sich auch gegen die B112 gewährt. Bei der Planfeststellung wird manchmal von oben gesagt wir brauchen das, also kommt das so, hier ist ein besonderer Fall. Das öffentliche Interesse begründet sich aus den Interessen Vattenfall, seinen Tagebau weiter zu betreiben. Er weiß nicht in wie weit die Stellungnahme berücksichtigt wird. Man hält sich sehr bedeckt, was den Fortgang der Planung angeht. Vor ca. 1/ 2 Monaten hat Herr Klein vom Landesstraßenamt die Planung im Arbeitskreis Tagebau Jänschwalde vorgestellt. Dort wurden keine aktuellen Aussagen getätigt, sondern nur gesagt, was Herr Stahlberg heute vorgetragen hat zum Ausbau, Zustand wie ist es, ist die Straße überhaupt geplant. Es muss einfach abgewartet werden.

### **Herr Lehmann**

Wie positionieren sich die Einwohner von Taubendorf, wenn die keine direkte Zufahrt von dieser Straße zu ihren Grundstücken bekommen?

**Herr Stahlberg**

Für die Taubendorfer ist insbesondere wichtig, dass die Bushaltestelle erhalten bleibt. Die Zufahrt zu den Grundstücken soll durch den Wirtschaftsweg gewährleistet werden. Dass dies der Gemeinde Geld kostet ist eine Sache, aber den Taubendorfern ist das erst mal nicht so wichtig. Die Frage Lärmschutz ist auch ein Punkt. Lärmschutz, Radwege und die Bushaltestelle, das sind die Kernpunkte der Taubendorfer. Die Gemeinde hat auf Grund anderer Ansichten da auch ein differenzierteres Bild.

**Frau Schneider**

Wer ist der Ansprechpartner der übergeordneten Stelle des Planungsbüros?

**Herr Stahlberg**

Im Prinzip ist es so, es gab das Landesamt für Bauen und Verkehr als Anhörungsbehörde, die haben ein Protokoll erstellt und haben das an das Ministerium weitergegeben. Vom Ministerium ist die Planung zu bestätigen. Das Ministerium ist letztendlich die übergeordnete Behörde. Der Ortsvorsteher von Taubendorf hat auch versucht über die Staatskanzlei Einfluss zu nehmen. Insofern ist das Thema im Moment relativ hoch angesiedelt. Wie da abgewogen wird und wie die unterschiedlichen Ministerien miteinander umgehen, das ist von uns schlecht einzuschätzen. Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium müssen einbezogen werden.

**Herr Lehmann** bedankt sich bei Herrn Stahlberg für den Vortrag und die Informationen im Ausschuss, was für Straßenbauvorhaben schon in Vorbereitung auf Jänschwalde/Nord in Arbeit sind.

**5. Vorplanung Uferstraße**

**Frau Reichenstein**

Die Vorplanung zum Straßenbauprojekt Uferstraße wird heute hier im Ausschuss vorgestellt. Der Teilbereich der Uferstraße von der Kreuzung Kreisverkehr Berliner Straße bis zur Kreuzung zur Alten Poststraße ist Bestandteil des Projektes Landschaftsgestaltung des Neißeufers. Der Grundsatzbeschluss zum Ausbau der Uferstraße wurde am 7.11.2012 gefasst. In diesem Jahr am 21.1.2013 ist das Büro Bärmann & Partner mit den Planungsleistungen beauftragt worden. Den Vorentwurf zur Straßenplanung wurde hausintern im August mehrfach abgestimmt. Zum weiteren Verfahren ist angedacht, dass heute im Umweltausschuss und am Dienstag im Sonder-Bauausschuss diese Vorplanung vorgestellt werden soll. Im Oktober soll die Genehmigungsplanung durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Herr Bärmann vom Planungsbüro Bärmann & Partner erläutert die Vorplanung.

**Herr Bärmann**

Anhand einer Power-Point-Präsentation erläutert er die Vorplanung. Diese wird Anlage zum Protokoll.

**Herr Lehmann**

Er bittet um Fragen an Herrn Bärmann zu den vorgestellten Unterlagen des jetzigen Projektierungsstandes.

**Frau Schneider**

Wurde an Bordsteinabsenkungen gedacht?

Das kann **Herr Bärmann** bestätigen.

**Herr Lehmann**

Zu dem Abschnitt zwischen Krahl und Villa „Wilms“ ist ein ausgeprägter Wildwuchs, dass die jetzt noch gekennzeichneten Parkflächen unter dem derzeitigen Bestand von Gehölzen kaum noch der Gehweg nutzbar ist. Es müsste eine entsprechende Grundräumung stattfinden, um überhaupt diese entsprechende Breite des Gehwegs und der vorgesehenen Parkflächen, die dort geplant sind, baulich herzustellen. Dort müssten grundsätzlich entsprechende bauliche Voraussetzungen vorgenommen werden, damit der Gehweg nicht zuwachsen kann und entsprechend genutzt werden kann. Der derzeitige Zustand ist, dass man ihn nicht nutzen kann. Es sind zurzeit Barken aufgestellt worden, dass die andere Straßenseite zu nutzen ist. Wie wird dazu vorgegangen? Ist das Angelegenheit der Eigentümer oder ist das Bestandteil der Baumaßnahme?

**Herr Bärmann**

Wenn es zu einem Problem werden sollte, wird es sicher ein rechtliches Problem sein, wozu das Ingenieurbüro nicht in der Lage ist, das zu klären. Im September/Oktober ist vorgesehen, die Einwohner zu beteiligen. Das wird ein Thema dazu sein. Eventuell könnten vor Ort Bilder aufgenommen werden. Er hat sich die örtlichen Gegebenheiten heute angeschaut. Durch den Wildwuchs wird auch Schaden am jetzigen Gehweg verursacht. Das betreffende Grundstück gehört nicht der Stadt. Die Verkehrssicherungspflicht ist von dem Eigentümer herzustellen. In dem Bereich sind auch Böschungen vorgesehen. Das ist ein Bereich, wo auch die Zuwegung geklärt werden muss. Er denkt, dass sich das in einem vernünftigen Gespräch mit den Eigentümern der jeweiligen anliegenden Grundstücke klären lässt.

**Herr Lehmann**

Er hat sich die Örtlichkeiten angesehen. Der Beitrag von heute stützt sich darauf.

**Frau Wilke**

Der erste Teil der Frage ist bereits erklärt worden, da Frau Wilke wissen wollte, was die Anwohner zu dem Plan sagen. Das wird noch nachgeholt.

Die zweite Frage. Wie ist der Straßenbelag in Richtung Fahrradnutzung vorgesehen?

**Herr Bärmann**

Es gibt keinen separaten Fahrradweg. Der eigentliche Fahrradweg geht am Poetensteig entlang. Aus diesem Grund wurde die Fortführung der bereits fertiggestellten Berliner Straße in die Planung aufgenommen. Die Straße wird mit einer Asphaltdecke ausgeführt. Was gepflastert ist, sind diese Rinnen. Dort muss der Fahrradfahrer darauf achten, nicht in diesen Rinnen hereinzufahren. Die Straßenbreite von 6 m ist ausreichend für den Verkehr.

**Frau Reichenstein**

Die Genehmigungsplanung ist vorgesehen, im Oktober von der Stadtverordnetenversammlung bestätigen zu lassen. Das bedeutet, dass vorher die Ausschüsse darüber beraten müssen. Der Terminplan sieht wie folgt aus.

- 10.10.2013 WSBW
- 14.10.2013 HA
- 23.10.2013 SVV

Es gibt das Problem, dass in der Zwischenzeit kein Ausschuss UVOSE stattfinden wird. Eine Verschiebung kann nicht erfolgen, da im November keine SVV tagt. Es müsste geklärt werden, ob im Rahmen einer Sondersitzung des UVOSE noch vor dem 10.10. getagt werden kann oder ob der Ausschuss sagt, er könnte mit dem Vorentwurf insoweit mitgehen, ohne dass noch einmal die Bestätigung für die Genehmigungsplanung durchgeführt wird. Sie bittet um die Meinung in diesem Ausschussgremium. Nach der Bestätigung der Genehmigungsplanung Ende Oktober müsste sofort eine Ausschreibung erfolgen, damit über den Winter die Vergabe im Februar in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen kann. Die Baumaßnahme könnte dann sofort beginnen.

**Herr Lehmann**

Von Herrn Bärmann wurde über die Kosten gesprochen, dass der Planungsprozess veraltet ist. In den Sitzungsvorlagen, die durch die Ausschüsse gehen, um eine entsprechende Zustimmung oder Ablehnung zu erfahren, dann werden auch die Kosten in der finanziellen Auswirkung vorliegen. Heute konnte noch keine aktuelle Finanzplanung mitgeteilt werden. Aus diesem Grund ist ein Sonderausschuss UVOSE erforderlich, um den Zeitfonds mit der SVV im Oktober in Übereinstimmung zu bringen sowie auch im Hauptausschuss, weil der Hauptausschuss der koordinierende Ausschuss der Fachausschüsse ist. Es ist deshalb sinnvoll, über den heutigen Informationsstand hinaus bezüglich der finanziellen Auswirkungen einen Sonderausschuss UVOSE durchzuführen.

Aufgrund der Fragestellung von Frau Wilke an Herrn Dr. Fuchs werden die Diskussionsbeiträge zu den betreffenden Abschnitten als Wortprotokoll formuliert.

**Wortprotokoll: Herr Dr. Fuchs**

Ich bin erst einmal für die Informationen sehr dankbar, möchte aber daran erinnern, dass der Ausschuss heißt Umwelt/Verkehr/Ordnung/Sicherheit und dass solche Informationen nicht die Beschlussvorlage einer Stadtverordnetenversammlung ersetzen können. Also entweder gibt es eine Sonder-SVV im November oder einen Sonderausschuss UVOSE. Das müssen wir klären, entsprechend der Kommunalgesetzgebung der bestimmende Ausschussvorsitzende mit dem Fachbereichsleiter ins Benehmen zu setzen. Also klärt das bitte dort und nicht heute hier.

**Ende Wortprotokoll von Herrn Dr. Fuchs**

**Herr Lehmann**

Nach dem Beitrag von Dr. Fuchs wäre der Anspruch berechtigt, einen konkreten Ausschuss zur Sitzungsvorlage dieses Straßenausbaus zu planen. Damit wäre es sinnvoll, wenn der Fachbereich VI in der Planung mit dem Fachbereich III diese Dinge terminlich präzisiert.

**Wortprotokoll: Frau Wilke**

Es tut mir wirklich auch immer leid für die Abgeordneten, die in ihrer Freizeit mehrere Ausschüsse besuchen müssen, bin ich auch dankbar für Herrn Dr. Fuchs, dass er mir noch einmal erklärt, dass der Wirtschaftsausschuss zuständig ist, über die Preise der Steine nachzudenken und nicht der UVOSE. Alles klar. Ich hätte jetzt nur die Frage von Herrn Dr. Fuchs vermisst, wofür denn dann dieser Ausschuss zuständig ist. Das ist das, was wir hier klären müssen. Es ist wichtig, dass es einen Zeitplan gibt, dem man zustimmen kann. Ich bin hier als sachkundiger Einwohner, um sie zu beraten, wenn sie Fragen haben. Wenn sie natürlich selber ihre Fragen gar nicht in der Lage sind zu formulieren und nur delegieren, dann bleiben wir doch gleich zu Hause Herr Fuchs, dann müssen Sie auch nicht doppelt sitzen in den Ausschusssitzungen. Das musste ich jetzt erst einmal los werden. Und zweitens inhaltlich.

**Herr Dr. Fuchs** äußert, dass er Sie nicht verstanden hat.

**Frau Wilke** äußert daraufhin, das kann ich mir vorstellen. Und zweitens inhaltlich ist unser Ausschuss dafür da, natürlich nachzudenken über Umwelt, Verkehr, Ordnung und Sicherheit. Dann können wir das natürlich unseren Abgeordneten weiter delegieren und uns über die rückschlüssigen Gespräche austauschen. Aber es wäre natürlich dann schon bei diesem engen Zeitplan wichtig gewesen, dass man auf solche Sachen auch Wert legt, uns zu informieren. Wenn Sie jetzt da diese Parkgestaltung, dann hätte ich schon gerne gewusst, wird da nebenbei gleich dann noch ein Baum mit weggemacht oder nicht, Herr Bärmann? Nicht nur so ein kleines grünes Rechteck hin malen oder wie sind die Zufahrten dann wirklich auch gestaltet? Wir haben in Guben leider schon öfter mal solche Erfahrungen gemacht, wo ich dann sage, die Anfrage von Frau Schneider ist wirklich berechtigt, sind behindertengerechte Zufahrten zu den Grundstücken oder sind die radfahrtauglich? Da fährst du den Radweg

lang, dann sind die Zufahrten, bist du runter, dann ist die Zufahrt zu Ende und bist wieder oben und dann freust du dich schon auf die nächste Zufahrt von einem Grundstück. Also es gibt schon Redebedarf, wenn man es ausführlich machen will. Aber man kann natürlich auch nur über die Preise der Steine nachdenken, dann wird die Straße auch pünktlich fertig. Habe ich nichts dagegen.

**Ende Wortprotokoll von Frau Wilke.**

**Herr Bauler**

Er möchte Herrn Lehmann recht geben. Herr Bauler plädiert auch dafür, einen Sonderausschuss UVOSE zu machen. Es ist ihm wichtig zu hören, was die Anwohner dazu sagen und ob sich daraus noch Hinweise ergeben, die Einfluss haben auf die Straßengestaltung. Herrn Bauler interessiert auch, wie der zukünftige Beschilderungs- und Markierungsplan zu dem Straßenabschnitt aussieht, dass im Ausschuss auch vorgestellt wird, was angedacht ist.

**Frau Schneider**

Am Dienstag ist Wirtschaftsausschuss. Sie möchte wissen, ob dieses Thema auf der Tagesordnung ist? **Frau Reichenstein** beantwortet die Frage mit „ja“. Könnte so verfahren werden, dass der Ausschuss UVOSE gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss am Dienstag tagt?

**Anfang Wortprotokoll**

**Herr Dr. Fuchs**

Frau Wilke möchte das bitte noch mal begründen, ich habe das nicht verstanden. Ich habe gesprochen vom Umweltausschuss. Ich habe gesagt „Verkehr“, da gehört das rein und deshalb brauchen wir diesen Sonderausschuss oder eine Sonder-SVV. Egal, aber es muss in dem Ausschuss behandelt werden. Ich habe weder zu Preisen der Steine gesprochen noch zu sonst was. Vielleicht habe ich das jetzt falsch verstanden. Entweder wiederholt Frau Wilke das noch mal oder ein anderer erklärt mir, was ich daraus zu entnehmen habe. Da bin ich jetzt überfordert über die Fragestellung von Frau Wilke, die mich ja konkret angesprochen hat und auch gefragt hat.

**Ende Wortprotokoll Herr Dr. Fuchs**

**Herr Lehmann**

Dann sollte Frau Wilke die Frage vielleicht entsprechend präzisieren.

**Frau Reichenstein**

Heute ist eine Vorstellung der Vorplanung. Diese Vorstellung soll in der nächsten Woche am 24. im Sonder-WSBW genauso analog wie heute hier im Wirtschaftsausschuss erfolgen, also ohne Beschlussfassung. Für die Beschlussfassung muss dann die Beschlussvorlage und die Genehmigungsplanung muss zu dem Zeitpunkt schon vorliegen. Das ist am Dienstag noch nicht soweit.

**Herr Bärmann**

In der nächsten Woche wird die gleiche Information wie heute im Ausschuss UVOSE vorgelesen. Bis zum **11.10.** sind Träger öffentlicher Belange dazu aufgerufen, ihre Stellungnahme abzugeben. Alles, was dort kommt, ist einzuarbeiten und kann auch kostenwirksam werden. Es ist nicht bekannt, was noch kommt. Manches davon ist vielleicht auch noch wieder zu verhandeln oder abzuwägen. Parkanlagen plant sein Büro nicht. Die Planung beinhaltet nur, indem gesagt wird, dass dort eine Grünfläche sein soll. So wie die Grünfläche jetzt ist, wird dort sicher angesät werden, wenn noch Geld zur Verfügung steht. Das ist nicht der Auftrag von der Stadt und wird auch nicht vom Büro in diesem Fall ausgeführt. Barrierefreiheit ist eine Anfrage, die die Bauordnung schon stellt. Deswegen ist das einfach zu berücksichtigen. Wenn es in der Vergangenheit Probleme gegeben haben sollte, ist das bedauerlich, ab nicht von vornherein schon bei allen zu vermuten. Ich denke, wenn wir dieses Gebäude ansehen, ist es gelungen, relativ barrierefrei zu halten, so dass hier auch Behinderte oder anders be-



nachteiligte Menschen gut zurechtkommen. Also es ist gelegentlich auch schon mal gelungen, die Barrierefreiheit herzustellen. Es geht aus meiner Sicht nicht nur um Behinderte, sondern auch um Kinderwagen z. B.

**Herr Bauler**

Es wäre schon wichtig, dass die Genehmigungsplanung hier vorgelegt wird, wenn die Träger öffentlicher Belange ihre Zustimmung gegeben haben. Es könnte sich doch noch einiges ändern.

**Herr Lehmann**

Jetzt sollte die Frage, ob ein Sonderausschuss oder eine Sonder-SVV durchgeführt werden soll, in der Verwaltung entsprechend den anderen Terminen geplant werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen an.

**Herr Dr. Fuchs**

Die Frage von Frau Wilke noch.

**Herr Lehmann**

Es wurde keine weitere Wortmeldung von Frau Wilke angezeigt.

Das Thema sollte jetzt abgeschlossen werden. In Zukunft sollten die Fragen etwas präziser formuliert werden.

**Herr Dr. Fuchs**

Er weist die Aussagen von Frau Wilke in aller Deutlichkeit zurück und verlangt die Aufnahme in das Protokoll.

**Herr Lehmann**

Er bittet darum, den Tagesordnungspunkt zur Vorplanung Uferstraße abzuschließen, weil es dazu keine weiteren Wortmeldungen gibt. Er dankt Herrn Bärermann für seine Darlegungen.

**6. Sachstandsbericht des FB V zu folgenden Themen:  
Straßenreinigung und Winterdienstsatzung, Veränderungen bei Glascontainerstandorten, Ausschreibung Baumpflege**

**Herr Lehmann**

Er ruft den Tagesordnungspunkt Sachstandsbericht des FB V zu folgenden Themen auf:

- Straßenreinigung- und Winterdienstsatzung
- Veränderung bei Glascontainerstandorten und
- Ausschreibungen zur Baumpflege.

Herr Lehmann hat die Ausschreibung zur Baumpflege in Abstimmung mit Herrn Schulz auf die Tagesordnung genommen, weil gestern bereits schon die Baumpflege in der Vergabekommission war und er denkt, dass im Ausschuss UVOSE auch über entsprechende Umfänge zur Baumpflege mit informiert werden sollte und nicht nur die allgemeinen Abgeordneteninformationen diesbezüglich zu bekommen.

Er bittet Herrn Bartusch um Ausführungen zum Thema.

**Herr Bartusch**

Das Paket wurde durch Herrn Lehmann kurz vorgestellt, worüber er heute berichten möchte. Es ist ein wesentlicher Bestandteil, der zur Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt beiträgt.

**- Straßenreinigungssatzung**

Die zurzeit gültige Satzung vom September 2008 steht zur Disposition. Hintergrund ist, dass sich einige gesetzliche Anforderungen des Brandenburgischen Straßengesetzes geändert haben, konkret der Paragraph 49a Absatz 2. Dort geht es darum, dass die Straßenbreiten

der Reinigung bzw. des Winterdienstes hauptsächlich von 1,20 m auf 1,50 m verbreitert wurden. In diesem Sinne ist auch der Text angepasst bzw. überarbeitet worden. Weiterhin wurden aus den Erfahrungen mit der Straßenreinigungssatzung in den letzten Jahren hinsichtlich der Umsetzung kleine Veränderungen vorgenommen. Die Satzung soll verständlicher gemacht werden und damit aus der Sicht der Stadt auch bürgerfreundlicher gestaltet werden. Neben den klassifizierten Straßen mit den Bezeichnungen wie S1, S2, W1, W2 soll eine zusätzliche Spalte eingeführt werden, wo auch die Straßen aufgeführt sind, wo keine Reinigung bzw. kein Winterdienst erfolgt.

Ein weiterer Erneuerungspunkt ist die Maßgabe, dass die Anliegerpflichten noch eindeutiger dargestellt werden müssen, weil gerade bei der Reinigung der Gehwege und Straßen in der Klasse S1, dort wo die Stadt ausschließlich verantwortlich ist, es Probleme gab mit den dazwischen liegenden Flächen

Es gab Vorfälle, dass diese Bereiche, also die Flächen zwischen Gehweg und Straße, dass diese von den Anliegern nicht so gereinigt wurden, wie das eigentlich vorgesehen ist, so dass ein geschlossenes Gesamtbild im gesamten Straßenraum besteht. In der Richtung schlägt Herr Bartusch vor, diese bestehende Lücke zu schließen, um eine gesamtheitliche Straßenraumbewirtschaftung zu haben, so dass die jeweiligen Anlieger auch ihre Pflicht sehen, dort die entsprechenden Arbeiten auszuführen. Das sind die 3 wesentlichen genannten Merkmale, wo die Straßenreinigungssatzung neu aufzustellen wäre. Im Moment ist der Text dieser neuen Satzung im zuständigen Fachbereich V erarbeitet worden. Die Satzung befindet sich zurzeit in der rechtlichen Prüfung in der Stadtverwaltung beim Rechtsamt. Im Anschluss wird die Straßenreinigungsgebührensatzung überprüft, die mit der Straßenreinigungssatzung eine Einheit bildet. Die Satzungen werden im Ausschuss UVOSE vorgestellt und zur Diskussion gestellt.

#### **- Winterdienst 2013/2014**

Die Vorbereitungen dazu laufen. Seit ca. 1 Woche betrug die notwendige Bevorratung mit Salz und Sand ca. 50 %, d. h. dass 600 t Sand und 150 t Salz in den entsprechenden Lagern vorgehalten sind. Bis Ende Oktober ist die vollständige Bevorratung abgeschlossen. Die Stadt ist für 111 km Fahrbahn verantwortlich in den Haupt-, Neben- und Bundesstraßen innerhalb der geschlossenen Ortschaft. Dabei werden 62 km mit Salz gestreut und 49 km mit Sand behandelt. Insgesamt werden 50 km Gehweg und Fußgängerüberwege von der Stadt betreut.

Durch den Eigenbetrieb werden an 16 Schwerpunktstandorten Streukästen mit Kies bis Mitte Oktober aufgestellt. Die entsprechenden Poller an den Radwanderwegen werden entfernt, um dort die maschinellen Einsätze fahren zu können und im Frühjahr werden diese wieder eingesetzt und in der Zwischenzeit eingelagert. In altbewährter Weise ist die Firma Agro-Dienst Guben eG beauftragt, innerhalb der geschlossenen Ortschaften, den Winterdienst mit abzusichern, neben dem Einsatz des Eigenbetriebes und der eigenen mobilen Hausmeister. Das sind die Schwerpunktbereiche Schulen, Ortsbereiche bzw. der öffentlichen Objekte, wie hier z. B. der Komplex Promenade am Dreieck. Mit den großen Wohnungsunternehmen GUWO und GWG wurde in Vorbereitung der Winterdienstsaison bisher 2mal beraten. Dabei ging es hauptsächlich um die Koordinierung, dass wirklich auch neben den Gehwegen und Straßen, die durch die Stadt erledigt werden, dann auch die Anlieger diesbezüglich ihren Pflichten nachkommen und die Unternehmen sich diesbezüglich darauf einstellen. In dem Zusammenhang ist nicht nur die Stadt in der Pflicht, sondern auch jeder private Anlieger verpflichtet, sich auf den Winterdienst einzustellen und er entsprechend den Gesetzmäßigkeiten eine Mitwirkungspflicht hat, sein eigenes Grundstück dementsprechend zu betreuen. Durch die anwesende Presse sollte erwähnt werden, dass sich jeder rechtzeitig darauf vorbereiten sollte, damit die entsprechende Winterdienstleistung gesichert im gesamten Stadtgebiet gesichert werden ist.

**Frau Gohlisch**

Was ist mit den verwaorsten Grundstücken, wo keiner wohnt oder sich niemand zuständig fühlt? Z. B. Deulowitzer Straße 8 oder Friedrich-Engels-Straße zwischen Hausnummer 107 und 103 ungefähr. Dort entstehen langsam Biotope. Das gleiche gilt für die Straßenreinigung.

**Herr Bartusch**

Das kann nicht sofort beantwortet werden, da die Eigentümer erst ermittelt werden müssen. Das ist ein akuter Fall. Dort müsste eine Vor-Ort-Begehung gemacht werden. Ansonsten werden die entsprechenden Eigentümer angeschrieben. Die Stadt ist in der Kontrollpflicht, so dass Nachbarn oder andere Bürger nicht verunfallen können. Das wäre der nächste Schritt.

**Frau Gohlisch**

Die Frage ist für Frau Gohlisch ausreichend beantwortet worden.

**Herr Bartusch** bittet die Bürger auch mitzuhelfen, in Vorbereitung des Winters sich einzubringen. Aus den täglichen Erfahrungen heraus sollten die Bürger daran denken, die Gullys freizuhalten, da das Tauwetter kommen wird. Natürlich dort, wo die Stadt Verantwortung trägt, wird sie das auch machen, aber auch Privatpersonen sind teilweise mit in der Pflicht. Aus den Erfahrungen heraus im Fachbereich ist der gute Wille der Bürger vorhanden, hier selbstständig einen Beitrag zu leisten, dass die Stadt auch im Winter letztendlich dementsprechend sicher ist. Herr Bartusch weist darauf hin, dass die entsprechende Satzung vom Dezember 2008 noch gültig ist und im Internet eingesehen werden kann.

**Herr Lehmann** fragt an, ob es Fragen oder weitere entsprechende Erklärungen gibt? Durch Herrn Lehmann wird angefragt bezüglich der Auswertung Winterdienst durch Herrn Schneider der Jahre 2012/2013 im Ausschuss UVOSE im Mai. Es wurde eine Power Point vorgeführt, wo es Hinweise zur zukünftigen Satzungsergänzung gab. Ganz besonders zu den Problemen bei der Schneeberäumung der Gehwege, der Reduzierung der Klasse W1, das sind Straßen und Gehwege in Zuständigkeit der Stadt. Die nächste Problematik wurde aufgezeichnet zu Schäden an Gehwegen bei Mosaik- und Plattenwegen, wo auch die Reduzierung der S1 und W1 angeregt wird, weil der Unterbau der Gehwege usw. nicht ausgelegt ist, mit den entsprechenden Multicar-Reinigungsgeräten dort weiter zu arbeiten. Es sieht so aus, dass eigentlich keine Satzungsänderung zu dem Winterdienst 2013/2014 zu erwarten ist, so wie Herr Bartusch die Zeitschiene dargestellt hat, oder ist eine entsprechende Präzisierung der Satzung - ganz besonders der Gebührensatzung - zu erwarten, weil wenn diese Leistungsarten verändert werden, nimmt das auch Einfluss auf die Gebühren und es müsste heute darauf etwas konkreter eingegangen werden? Die zeitlichen Voraussetzungen, diese Satzung hinsichtlich der Gebührenveränderung bei Veränderungen der Arbeitsarten auf den einzelnen Streckenabschnitten vor dem Einsetzen des Winterdienstes zu schaffen, sind nicht gegeben. U. a. wurde gesagt, dass nach der entsprechenden Satzung des Jahres 2008 gearbeitet wird. Der Gesetzgeber hat eigentlich festgelegt, dass alle 3 bis 5 Jahre die Gebühren zu überprüfen sind. Mit den schon genannten Hinweisen sind auch entsprechende Gebührenveränderungen anzuregen bzw. zu überarbeiten. Wie in der Ausschusssitzung im Mai gesagt wurde, kostet der km nach der Salz-Technologie 21,90 € und auf der anderen Seite die durchschnittlichen Kosten bei der Sandtechnologie und Streusandberäumung kosten dann in der Summe 44,55 € je km. Herr Lehmann stellt die Frage, ob die Streusandbeseitigung auch gleichzeitig Bestandteil der Straßenreinigungsgebühren ist, die eine andere Gebühr ist, als die Winterdienstgebühr? Es ist praktisch die Streusandberäumung im gewissen Sinne eigentlich schon durch die Straßenreinigungsgebühr mit gedeckt. Es wäre interessant nachzuweisen, inwieweit hier diese beiden Dinge Streusandberäumung bzw. Straßenreinigung nicht überlappen und demzufolge hier auch nochmal über diese Gebühr nachzudenken ist bzw. zu analysieren wäre. Es ist sehr spät für die Straßenreinigungsgebührensatzung im September, so dass viel früher die Auswertung des Winterdienstes der Jahre

2012/2013 hätte begonnen werden müssen und dass hier mit dem neuen Winter demzufolge eine entsprechende aktualisierte und wirklich überarbeitete Satzung angewandt werden kann. Hat die Verwaltung geplant, dass zum Winterbeginn eine entsprechende verbindliche überarbeitete Satzung einschließlich Gebührensatzung zu erwarten ist?

**Herr Bartusch**

Nein, es ist zum Winterbeginn nicht mit einer überarbeiteten Satzung zu rechnen.

**Herr Lehmann**

Das heißt also, in diesem Jahr wird nach wie vor nach der Gebührensatzung des Jahrgangs 2008 gearbeitet?

**Herr Bartusch**

Er bestätigt die Aussage von Herrn Lehmann.

**Herr Lehmann**

Dann sollte man den Winter dazu nutzen, dass Anfang des nächsten Jahres eine entsprechend überarbeitete Satzung zur Diskussion vorliegt, um dann mit dem nächsten Winter hier dem Gesetzgeber Genüge zu tun, um hier entsprechend aktuelle Gebührensätze den Einwohnern bzw. den Anliegern, die entsprechend für diese Gebühren verpflichtet sind, anzubieten.

**Herr Bartusch**

Die Anregung wird von der Stadtverwaltung aufgenommen.

**Herr Lehmann**

Er ist persönlich damit unzufrieden.

**Frau Wilke**

Sie kann die Aussagen von Herrn Lehmann gut nachvollziehen. Es wäre günstig, wenn man am Anfang der Präsentation den Zeitplan vorstellt. Z. B. heute die Information und dann den Sachstand zu der ersten Satzungsplanung, die Gebührensatzung eingeschlossen. Die eigentliche Wirkung beginnt mit dem Tag der Veröffentlichung. Wenn das von der Stadt in einem Zeitplan den Abgeordneten am Anfang der Präsentation bekannt gegeben wird, dann sind solche Irritationen vermeidbar und für die Abgeordneten die Vorschriften oder Änderungsbeiträge nachvollziehbar.

**Herr Dr. Fuchs**

Zur Frage, dort wo Grundstücke nicht entsprechend beräumt werden. Wie ist die Verfahrensweise, weil es noch keine Antwort gab? Die Stadtverwaltung kann Herrn Dr. Fuchs korrigieren. Im Grunde ist es heute weitestgehend so, dass der Eigentümer bekannt ist, auch wenn er sich nicht um das Grundstück kümmert. Als Stadtverwaltung gibt es sicher eine Kontrollpflicht. Kommt der Betreffende seinen Pflichten nicht nach, muss man eine Auflage erteilen bzw. ein Ordnungsstrafverfahren einleiten. Gegebenenfalls kann es soweit führen, dass zunächst auf Kosten der Stadt gereinigt werden muss und setzt das dann später dem Eigentümer in Rechnung. Das ist sicher etwas kompliziert, aber die juristische Lage ist auf diesem Gebiet so. Darauf verlasse ich mich mehr oder weniger als Abgeordneter, weil es immer heißt, was machen denn die Abgeordneten bei den Stellen, wo nicht geräumt wird. Da sind die gesetzlichen Bestimmungen klar. Wer dieser Pflicht nicht nachkommt, der macht sich entsprechend strafbar.

**Herr Lehmann**

Es gibt keine weiteren Wortbeiträge. Er bittet Herrn Bartusch um Fortführung seiner Ausführungen zu den Containerstandorten.

**Herr Bartusch**

**- Veränderungen Glascontainerstandorte im Stadtgebiet Guben**

Die Stadt hat sich veranlasst gesehen, aus organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen über die Anzahl der Standorte nachzudenken. Aufgrund sinkender Einwohnerzahlen und aufgrund des Kostenaufkommens für diese Standorte für Reinigung und Winterdienst ist die Stadt davon ausgegangen, dass eine Überprüfung bzw. eine Reduzierung und damit Veränderung der Standorte Sinn macht. Es handelt sich dabei um die Standorte Mühlenstraße, zusätzlicher Container in der Deulowitzer Straße, Reduzierung in der Cl.-Zetkin-Straße Ausfahrt Karl-Marx-Straße In dieser Straße befinden sich noch 2 weitere DSD-Standorte, und Damaschkestr. bei der ehemaligen Schule wurde auf Antrag der Anlieger dieser Standort entfernt bzw. da dieser DSD-Standort sich auf privatem Grund und Boden befand. Nach der Übersicht stehen weiterhin 33 Standorte im Stadtgebiet zur Verfügung. Es wird davon ausgegangen, dass eigentlich eine Beeinträchtigung bei der Entsorgung mit Glasgut nicht vorhanden ist bzw. ausreichend Einwurfmöglichkeiten im Gebiet vorhanden sind. Die neue Standortliste ist der Öffentlichkeit präsentiert worden. Aus der Situation heraus gab es Irritationen, weil hier die Presse schneller gehandelt hat, als die Stadt handeln konnte. Die Bürger waren teilweise auch verärgert. Nach entsprechender Klärung und Gesprächen mit den zuständigen Mitarbeitern konnten die Probleme aus dem Weg geräumt werden. Eine weitere Standortänderung ist noch vorgesehen. Der Standort Hegelstraße wird vor in den Kreuzungsbereich versetzt, weil auch in diesem Bereich auf dem vorbeiführenden Gehweg durch den Winterdienst ein besserer Maschineneinsatz gegeben ist. Er bittet um Fragen zu den Ausführungen.

**Frau Wilke**

Inwieweit profitiert die Stadt von den Standortflächen der Glascontainer? Wem gehören diese Flächen? Sind die Stellen vermietet oder wie verhält sich das? Ist die Stadt hier ein Dienstleister für den Kreis? Diese Zusammenhänge möchte Frau Wilke kurz erläutert bekommen.

**Herr Bartusch**

Grundsätzlich ist es so, dass sich 20 Standorte im kommunalen Bereich befinden. Eine Stellfläche war im privaten Bereich. Der Eigentümer hat gesagt, dass er das nicht mehr möchte, deshalb die Umsetzung. Standorte stehen auf kommunalen Grund und Boden. Die Stadt ist zuständig für die Reinigung. Für die Entsorgung ist der Landkreis zuständig, weil sie als oberste Abfallbehörde dementsprechend agiert. Die Stadt erhält für die Reinigung der DSD-Standorte einen Zuschuss in Höhe von 0,50 € pro Einwohner

**Herr Lehmann**

Er hat einen Hinweis. Der Containerstandort „Dubrauweg“, gegenüber Ph.-Müller-Straße am Friedhof in Reichenbach, ist sehr nah an der Straßenkante. Herr Lehmann bittet um Prüfung, ob der Container etwas von der Straßenkante, sprich vom Verkehrsraum, zurückgesetzt werden könnte, um dann auch für den Winterdienst nicht zusätzlich an der Stelle die Schneeberäumungsfläche einzuschränken. Auch unter dem Aspekt der Sicherheit des Verkehrs.

**Herr Bartusch**

Der Hinweis wird aufgenommen, allerdings kann er darauf antworten, dass dieser Standort mit den Bürgern dort abgestimmt war. Diesbezüglich muss das geprüft werden.

**Herr Dr. Fuchs**

Zur Benutzung der Containerplätze. Es ist eigentlich klar geregelt zwischen Kreis und auch der Stadt, wie das zu handhaben ist. Es ist auch darauf zu achten, dass es möglichst kommunale Flächen sind, denn mit Privaten gibt es dann entsprechenden Ärger. Eine finanzielle

Berechnung ist insofern schon sinnlos, weil der Kreis sich vorfinanziert aus der Kreisumlage, die die Kommunen bezahlen. D. h. wenn wir jetzt sagen, wir wollen pro Platz einen bestimmten Betrag, dann hat der Kreis höhere Ausgaben. Dann muss er wieder seine Kreisumlage erhöhen. Hier arbeiten Kommunen und Kreis noch relativ unbürokratisch miteinander und dabei sollte es auch bleiben.

### **Herr Bartusch**

#### **- Baumpflege im Stadtgebiet Guben**

Die Baumpflege 2013 basiert auf der Notwendigkeit und Durchführung der allgemeinen Haftungsgrundsätze des BGB und aus dem letztendlich ersichtlichen Zustand der Bäume. Es geht um Kronenpflege, Totholzentfernung, Lichtraumprofil und dann um die entsprechend Standsicherheit. Diesbezüglich erfordern diese Standorte im Stadtgebiet, wo sich große Bäume befinden, Pflegeschritte und zu gegebener Zeit auch Fällungen aufgrund festgestellter Defizite im Bereich der Verkehrssicherheit. Zu den Schwerpunkten gehört u. a., nach jedem größeren Sturm Kontrollen in der Stadt durchzuführen. Die Ausschreibung selbst basiert darauf, dass die Stadt an 226 Bäumen praktisch Kronenpflege und Totholzentfernungen beauftragen will. Das Lichtraumprofil soll ebenfalls hergestellt werden. Es ist eingeschätzt worden, dass an 34 Bäumen evtl. Fällungen durchgeführt werden müssen. Hinsichtlich der Terminkette wurden eine Ausschreibung und ein Vergabeverfahren freihändig durchgeführt. Das Ergebnis wurde in der gestrigen Vergabekommission präsentiert und am 14.10.2013 im Hauptausschuss vorgestellt. Die Ausführungsfrist soll am 21.10. beginnen und läuft dann entsprechend den Vorgaben bis zum 20.12. Die Standorte bzw. die genannten Zahlen basieren überwiegend auf den Ergebnissen durchgeführter Baumschauen. Ein Baum ist mindestens 2mal im Jahr anzuschauen. Die Sichtung erfolgt 1mal im belaubten und 1mal im unbelaubten Zustand. Aus den Erfahrungen und festgestellten Dingen vor Ort wurden diese Zahlen ermittelt. Die Stadtverwaltung hat dazu 5 Fachfirmen aufgefordert. Aufgrund der Öffentlichkeit der Sitzung kann Herr Bartusch keine Namen und Preise nennen. Ein Bieter hat ein entsprechend günstiges bzw. das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Nach Prüfung und Maßgabe der Verdingungsordnung wurde auch gestern der Vergabekommission vorgeschlagen, diesem Unternehmen den Zuschlag zu erteilen. Das Abstimmungsergebnis war 3-0-2.

**Herr Lehmann** bittet um Fragen.

#### **Frau Wilke**

Sind bei der Baumschau in diesem Jahr an geschützten Bäumen Mängel aufgetreten, die jetzt zu den zu fällenden Bäumen dazugehören? Wann und wo werden Ersatzpflanzungen vorgenommen?

#### **Frau Rodinger**

Die zu fällenden Bäume, sind keine geschützten Baumarten. Es handelt sich hauptsächlich um Robinien. Ein Standort ist hinter der Eisdiele „Eisbär“. Diese Robinien stehen unmittelbar an der Eisdiele. Man sieht am Kronenbild, dass sie abgängig sind, bzw. dass sie teilweise hohl sind. Ein Nadelbaum ist dabei, Standort Cottbuser Straße vor der R&V-Versicherung. Dort gab es einen Hinweis von dem Gebäudeeigentümer, dass dieser Baum bei Sturm am Dach schabt und Schaden anrichtet. Weiterhin noch eine Pyramidenpappel in der verlängerten Damaschkestraße, stirnseitig am Garagenkomplex. Hier gab es einen Hinweis von den Garageneigentümern, dass dort auch Schaden entsteht. Mit enthalten bei den 226 Bäume, wo von der Stadt jetzt die Kronenpflege durchgeführt wird, sind auch Arbeiten an ausgewählten Bäumen, wo nur Totholz entfernt wird, dann ist auch noch das Lichtraumprofil herzustellen und die Entfernung der Stamm- und Stockaustriebe. Das Lichtraumprofil ist erforderlich für die höheren Fahrzeuge, wo eine Höhe von 4,25 m - 4,50 m vorzuhalten ist. Stock- und Stammaustriebe sollte man normalerweise nicht entfernen, aber es sind alles Straßenbau-

me, diese sind insofern auch dann störend, wenn z. B. satzungsgemäß Straßenreinigung erfolgen soll, dass die Straßenkehrmaschine dann teilweise schon einen Bogen fahren musste, damit keine Autos beschädigt werden. Demzufolge gibt es dann wieder Beschwerden aus der Bevölkerung, dass nicht durchgehend gereinigt wurde. Dem wird hier entgegengesteuert. Die Standorte ansonsten sind u. a. Lindenstraße, Linden in der Bahnhofstraße, im alten Teil der Kaltenborner Straße, 3 Spitzahorne vor dem Klatschcafe. Unmittelbar an der Zufahrt Laternengasse wird einer davon gefällt, weil er mit Pilzen befallen ist. Weitere Standorte sind die restlichen Rotdorne, die noch nicht beschnitten wurden in der Dr.-Ayrer-Straße, Grünstraße, Friedrich-Engels-Straße. Es sind vorwiegend Straßenbäume. Im Bereich WK I zwischen Anne-Frank-Str. und dem Bahngelände stehen große Pappeln, die stark mit Totholz betroffen sind, wo es seit längerer Zeit Hinweise gab, was immer nach hinten verschoben wurde. In dem Bereich unmittelbar an den Gärten werden ein paar Pappeln gefällt. Es sind keine geschützten Bäume dabei. Ersatzpflanzungen in dem Zusammenhang wird es hier nicht geben. Aufgrund der Baumaßnahmen zum Hochwasserschutz sind Ersatzpflanzungsorte vorzuzeigen. Zurzeit werden Standorte gesucht und aufgelistet, da es Bäume in Größenordnungen sind. Im Straßenbereich ist noch keine Nachpflanzung vorgesehen, aber im Stadtpark sowie Volkshauspark. Die Stadt ist noch dabei, weitere Standorte zu suchen.

#### **Herr Lehmann**

Hinweis, zu den Firmen, denen die Stadt dann entsprechend dem Vergabeverfahren den Zuschlag in der Baumpflege erteilen wird. Am 5.7.2013 hat Herr Lehmann in der Lindenstraße vor dem eigenen Grundstück beobachtet, dass die Linden in der Blüte standen und dass dort ein entsprechender Schnitt durchgeführt wurde, wobei kein akuter Bedarf festgestellt werden konnte. Herr Lehmann denkt, dass keine Gefahr im Verzug vorlag. Die Stadt sollte zukünftig die Firmen, die diesbezüglich für die Stadt arbeiten, darauf hinweisen, dass nicht unbedingt in der Blütenpracht Kronenschnitte stattfinden dürfen, weil immer mehr Bienen immer öfter keine Nahrung finden. Die Linde hat eine Blütenpracht für die Bienen, so dass man auch auf solche Zusammenhänge der Natur achten sollte und die Stadt als Auftraggeber derartige Dinge auch zu kontrollieren hat. Soweit der Hinweis für die Arbeit in der Verwaltung zu diesen Themen.

#### **Frau Rodinger**

Ausgangspunkt für diese Arbeiten waren eigentlich die daneben stehenden Linden, wo die Einwohnerin anzeigte, dass diese Linde unmittelbar an der Garagenzufahrt steht, wo ein Auto parkt. An diesem Standort waren Äste in Größenordnungen herunter gebrochen und lagen unten auf der Erde. Das Verschneiden der Linden, von denen Herr Lehmann gesprochen hat, hätte man sicherlich verschieben können, aber weil die Baumpflegefirma vor Ort war - dort besteht das Problem, dass keine Kronenpflege gemacht wurde, sondern es wurden nur Äste balkonseitig weggenommen, weil diese Linde sehr dicht an dem Wohnobjekt steht und von der Stadt alle paar Jahre gebäudeseitig ein Rückschnitt gemacht wird. Das war der Ausgangspunkt. Ansonsten wäre zu diesem Zeitpunkt kein Verschnitt an den Linden durchgeführt worden.

#### **Herr Lehmann**

Es hätte sicher auch 1 Woche oder 14 Tage noch Zeit gehabt, bis die Blütenpracht verblüht war.

Dies sollte ein Hinweis sein, dass bei solchen Arbeitsabläufen auch auf derartige Dinge geachtet wird.

#### **Frau Schneider**

Gibt es neue Erkenntnisse, wie die erkrankten Kastanien behandelt werden können?

#### **Frau Rodinger**

Es gibt keine neuen Erkenntnisse. Die Stadt verfährt nach wie vor so, dass das Laub gesondert aufgenommen wird und dann entsprechend entsorgt. Mehr kann momentan nicht gemacht werden.

#### **Herr Bartusch**

Es ist sicher aus Ihrer Erfahrung bekannt, dass dies ein landesweites Problem ist. In anderen Städten sind dieselben Probleme.

#### **Herr Soyke**

Bezüglich der Ersatzpflanzungen kann er den Standort in Kaltenborn (Dorfaue) nennen. Er möchte wissen, wer die Kommission ist und wo die Kommission ohne Laub und mit Laub die Bäume besichtigt?

#### **Frau Rodinger**

Eine Kommission ist nicht ganz richtig. Zuständig ist immer der Eigentümer der Bäume, das ist die Stadt Guben. Frau Rodinger in Person ist für die Pflege der Bäume zuständig, d. h. die Kontrolle liegt in ihrer Zuständigkeit. Als Einzelperson ist es zeitlich nicht möglich, dass sie sämtliche Bäume kontrolliert. Es gibt Richtlinien, wo es heißt dass Bäume 2mal im Jahr im belaubten und unbelaubten Zustand begutachtet werden sollen. Das trifft aber nicht für alle Bäume zu. Jeder zuständige Bearbeiter kennt im Laufe der Zeit aus den Erfahrungen heraus seine Schwerpunktbäume. Bei der Stadt sind es die ganzen alten Linden, wo auch häufiger kontrolliert wird. Bei anderen Bäumen, die jetzt noch relativ jung sind, reicht eine einmalige Kontrolle aus. Das ist Erfahrungssache und wird abgeschätzt. Frau Rodinger arbeitet mit dem Fachbereich III (Ordnungsamt) zusammen, weiterhin gibt es Hinweise aus der Bevölkerung und dann muss entsprechend reagiert werden.

#### **Herr Bartusch**

Er möchte dahingehend ergänzen, dass dies eine fließende Zuständigkeit ist. Die Stadt hat Objekte, z. B. die C.-Schröter-Schule, wo in Größenordnungen im Zaunbereich Bäume stehen, die herüber ragende Äste in den Gehwegbereich des öffentlichen Raumes haben, daran ist die Stadt interessiert. Herr Bartusch ist aus technischer Bewirtschaftungssicht für dieses Objekt mit verantwortlich. In diesem Zusammenhang werden immer Dinge aufgenommen, wenn Objektbegehungen sind. Im Fachbereich wird im Einzelnen darüber beraten, wie mit dem Zustand dort umzugehen ist. Weiterhin werden bestimmte Dinge auch aus der Bevölkerung aufgenommen sowie von den Objektbetreibern bzw. dem unmittelbaren Umfeld, wenn bestimmte Sachen anstehen und reagieren diesbezüglich. Im Jahr 2012 gab es auf dem Gelände in der unmittelbaren Nähe der Friedensschule einen Strauch mit giftigen Beeren, wo die Stadt sofort reagiert hat. Es wurde abgesperrt, um dort Schäden zu vermeiden bzw. Menschen in Gefahr zu bringen. Eine gesonderte Kommission hat die Stadt dazu nicht.

#### **Herr Soyke**

Durch Herrn Bartusch wurde das Wort „Kommission“ genannt und „...Bäume machen“. Um welche Bäume handelt es sich? Worüber Herr Soyke reden kann, ist der Ortsteil Kaltenborn, dass dort eine Frühjahrs- und Herbstbegehung durchgeführt und darauf aufmerksam gemacht wird. Bezüglich der Zeitschiene wäre es sicher ratsam, dass mit der Stadt gemeinsam gesprochen wird, sonst würde er die Frage nicht stellen. Wenn es in diesem Jahr nicht geht, dann wird es im nächsten Jahr eingeordnet. Es gibt reichliche Linden, die Totholz haben und auch die bewachsen sind. Es fehlt das Raumprofil.

Eine weitere Frage zur Grünanlagenpflege. Herr Soyke stellte heute fest, dass in Kaltenborn nicht gemäht worden ist. Leider stellte er in diesem Jahr auch fest, dass nach der Sonnenwende (21. Juni 2013) der erste Schnitt an der Buswendeschleife und auf den öffentlichen Flächen im Ortsteil Kaltenborn geschehen ist. Das war bis jetzt der einzige Schnitt. Wie geht die Stadt damit um, auch die Ortsteile in ein Bild zu setzen, dass Tourismus und Besucher gleichermaßen Ordnung und Sauberkeit vorfinden.



### **Frau Rodinger**

Die Grünflächen nehmen zu, aber die Finanzen steigen nicht im gleichen Schritt an. Parallel dazu besteht das Problem in diesem Jahr und auch im letzten Jahr, dass die 450 000 m<sup>2</sup> Rasen mit Pflanzanlagen von 23 000 m<sup>2</sup> zu bewirtschaften sind. Der Eigenbetrieb ist nicht ausreichend bestückt. Einerseits heißt es aus der Politik, die Stadt soll mit dem Eigenbetrieb arbeiten, obwohl bekannt ist, dass das unmöglich zu schaffen ist, denn der Eigenbetrieb hat noch andere Aufgaben, wie Kontrolle/Wartung Spielplätze, Leerung Papierkörbe, Beseitigung von herrenlosem Müll u. a. Durch die Witterungsverhältnisse in diesem Jahr kam der Eigenbetrieb nicht hinterher. Zusätzlich wurde deshalb zwischenzeitlich eine Ausschreibung veranlasst, um eine Firma zu beauftragen. Mit der Rabattenpflege ist bis Oktober 2013 die Fa. Heyner tätig. Durch die Stadt kann nur mit dem Geld gewirtschaftet werden, was zur Verfügung steht. Es wird auch darauf geachtet, dass in etwa eine Gleichbehandlung eingehalten wird. In diesem Jahr wird die Rasenmäh in Richtung Kaltenborn noch durchgeführt. Der Eigenbetrieb wird auch noch Gehölzschnitt durchführen. Einige Heckenschnitte sind noch offen sowie Tote Bäume werden noch gefällt.

### **Herr Dr. Fuchs**

Zu den Grünanlagen. So geht es natürlich nicht. Wir brauchen keine langen Reden, wie es nicht geht. Seit Jahren ist bekannt, dass die Grünanlagen wachsen, weil zurückgebaut wird. Es ist zunächst Aufgabe der Stadtverwaltung, hier nach Lösungen zu suchen. Dann soll die Stadtverwaltung sagen, dass aus finanziellen Gründen keine Möglichkeiten gesehen werden. Dann soll in der Stadtverordnetenversammlung gesagt werden, dass die Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können. Solche Reden brauchen wir uns nicht anzuhören, das wissen wir, dass alles sehr kompliziert ist. Wir brauchen Lösungsvorschläge. Das brauchen wir hier nicht alles zu diskutieren. Wenn Vorschläge auf dem Tisch sind, können wir gerne darüber sprechen. Da das in Kaltenborn passiert ist, erfüllt die Stadt ihre Aufgaben ganz offensichtlich nicht, denn sonst wäre der Rasenschnitt passiert. Dann muss man in der Stadtverwaltung darauf reagieren.

### **Herr Lehmann**

Er denkt, dass der Widerspruch angekommen ist. Dann sollte man das für den Planungsprozess 2014 vielleicht durch NAW auf den Plan rufen.

### **Herr Bartusch**

Er bedankt sich für die Hinweise. Wir sind hier, um nicht nur zu agieren, sondern auch zu reagieren.

Natürlich hat Herr Dr. Fuchs in der Richtung recht, wenn man so etwas feststellt, dann muss geschaut werden, woran das liegt und dafür sorgen, das abzustellen. Frau Rodinger hat versucht das darzustellen, dass es nicht immer so leicht ist und die Stadt verhindern will, dass hin und her im Stadtgebiet gefahren wird, sondern dass auch Flächen durchgängig bearbeitet werden mit den vorhandenen Kapazitäten, die zur Verfügung stehen. Wenn so etwas passiert, dann wird die Stadt daraus Lehren ziehen und zukünftig wird dann geschaut, wie das besser gemacht werden kann. Es ist so, wenn ein Durchgang erfolgt ist, dann wächst das Grün natürlich sofort weiter und dementsprechend wieder die Notwendigkeit besteht. In der Vegetationszeit am Anfang des Jahres war besonders in diese Richtung schwer zu kämpfen, weil es aufgrund der Verhältnisse doch außergewöhnlich schnell gewachsen ist. Ansonsten wird die Stadt sich weiter bemühen, hier für die entsprechende Ordnung im Stadtgebiet zu sorgen, dafür ist der Fachbereich da und angetreten. Er denkt, dass die Mitarbeiter, die hierzu auch Verantwortung tragen, auch dementsprechend alles tun, um diesbezüglich der Aufgabe gerecht zu werden.

### **Frau Wilke**

Sie möchte von Herrn Soyke wissen, ob ihm die Antwort genügt? Ansonsten hätten wir als Ausschuss die Möglichkeit, dem konkret nachzugehen und zu fragen, wie viel Schnitte sind im Stadtgebiet pro Jahr vorgesehen? Wie viele sind in Kaltenborn gemacht worden? Ist das so, dass nur ein Schnitt nach der Sonnenwende am 21. Juni durchgeführt wurde? Wenn Herr Soyke, das konkreter haben möchte, kann der Ausschuss hier direkt nachfragen und die Antwort zum nächsten Ausschuss erwarten oder als Anlage zum Protokoll erhalten, um konkret zu überlegen, was verändert werden kann. Offensichtlich wäre die Bereitschaft der Stadtverwaltung da.

#### **Herr Soyke**

Er ist damit nicht zufrieden. Herr Fuchs hat es eigentlich gesagt, wie es nur gehen kann in der Richtung, dass man, wenn man was nicht schafft, Hilfe anfordert und sagt, dass es so nicht geht. Dann müssen neue Möglichkeiten gefunden werden. Wie es in anderen Ortsteilen ist, weiß Herr Soyke nicht. In Kaltenborn ist es so, dass viel Eigeninitiative gemacht wird, um die Natur aufrecht zu erhalten. Die Stadt hat schließlich die Ortsteile unter sich und kann nicht nur vom Stadtgebiet reden, sondern dann auch in die Ortsteile gehen und mit den Einwohnern reden, was hier gemacht wird. Am Ende muss es auch funktionieren. Die Natur macht nicht halt. In diesem Jahr ist mehr Pflege erforderlich. Es ist genauso wie im Winter, wenn mehr Schnee fällt, dann muss mehr Geld ausgegeben werden, damit beräumt wird. Herr Soyke ist nicht zufrieden, deshalb ist es erstrebenswert, dass nach einer Lösung gesucht wird.

#### **Herr Lehmann**

Bezug nehmend auf die Beschwerde von Herrn Soyke bemerkt er. Über das Jahr 2013 brauch nicht mehr über den Rasenschnitt gesprochen werden. Die Vegetation geht zu Ende. Aus diesen Schlussfolgerungen aus dem Jahr 2013 heraus, sollte der Fachbereich Auskunft geben, wie Frau Rödinger schon sagte, wie viel Hektar zu bewirtschaften sind und in welchen Quartieren und mit welchen Schnitten am Ende aus dem Erfahrungsschatz eine entsprechende Grünflächenpflege ermöglicht werden kann und welche Kosten das sind, damit aus dem Ist-Zustand des Jahres 2013 für das Jahr 2014 entsprechende, was sicher auch vegetationsbedingt sein wird, eine entsprechende Planmäßigkeit der Grünflächenbewirtschaftung erforderlich ist. Zu Beginn der Vegetation im Jahr 2014 könnte eine Zusammenfassung der Aufgaben vom Fachbereich vorgestellt werden. Das beinhaltet u. a. wie viel Flächen, wie viel Schnitte, welche Kapazitäten sind da und was kostet das und was steht im Haushalt möglicherweise zur Verfügung. Somit erkennt man den Widerspruch schon zum Jahresbeginn bzw. zum Vegetationsbeginn. Dann kann man in irgendeiner Weise reagieren.

#### **Herr Bartusch**

Es war die Frage, ist man mit der Antwort zufrieden oder nicht zufrieden. Die Ausführungen von Herrn Lehmann sind auch konform mit denen von Herrn Bartusch. Er nimmt den Vorschlag auf, dass die Stadt sich mit dem Ausschussvorsitzenden zu gegebener Zeit verständigen wird, in welcher Tagesordnung das eingetaktet werden soll und dann wird vom Fachbereich V ein Überblick zum Jahr 2013 vorgestellt.

#### **Herr Lehmann**

Das ist sicher effektiver, als sich jetzt mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

#### **Frau Schneider**

Zu den Ausführungen von Herrn Lehmann sollte auch aufgenommen werden, ob genügend Personal und genügend Technik vorhanden ist.

#### **Herr Lehmann**

Er stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Damit ist der Punkt zur Bewirtschaftung der Außenanlagen beendet.

## **7. Informationen zum Europäischen Jahr der Luft**

### **Frau Schneider**

Das Thema wird in 3 Teilen von Frau Schneider vorgetragen. Das Europäische Jahr der Luft wurde aufgerufen und eine Ärzteorganisation hat sich darüber Gedanken gemacht und hat die 10 Grundsätze der sauberen Luft niedergeschrieben. Es gibt ein Leitprinzip, welches von Jedermann täglich beachtet werden sollte und fordern, dass politischen Entscheidungen getroffen werden. Bürger haben ein Recht auf saubere Luft in gleichem Maße, wie auf sauberes Wasser und sichere Lebensmittel. Dieser Grundsatz scheint zunächst offensichtlich zu sein und dennoch leben in Wirklichkeit Millionen von Europäern in Gebieten, in denen das Einatmen der Umgebungsluft schädlich ist. Die Luftverschmutzung im Freien stellt in Europa eine der größten Umweltbedrohungen dar und führt zu einer deutlich verkürzten Lebenserwartung und einer reduzierten Leistungsfähigkeit. Die Ärzte haben die Ursachen einer schlechten Luftqualität untersucht. Als Anlage zum Protokoll wird eine Zusammenfassung mitgeschickt. Die Feinstpartikel und Ozon sind die gefährlichsten Schadstoffe. Es ist dringend erforderlich, dass deren Konzentration deutlich gesenkt wird. Die Feinstpartikel entstehen durch Verbrennung von Kraftstoffen in Fahrzeugen. Bodennahes Ozon entsteht durch eine chemische Reaktion zwischen Stickoxid und flüchtigen organischen Verbindungen, die von Kraftfahrzeugen, Kraftwerken, Industriekesseln, Raffinerien, Chemiefabriken und anderen Quellen bei Sonneneinstrahlung ausgestoßen werden. Frau Schneider möchte heute auf die Kraftwerke eingehen, die in unmittelbarer Nähe existieren und die noch erweitert werden sollen. Eine Zusammenfassung hat Frau Schneider erstellt, welche auch zur Verfügung steht. Da die Abgeordneten auch Entscheidungsträger sind, sollte darauf geachtet werden, dass es zur CO<sub>2</sub> Minderung kommt. Auf der Grundlage der Ermittlungen, jetzt schon zum 10. Mal, konnten wir feststellen, dass wir einen positiven Verlauf haben. Die CO<sub>2</sub> - Minderung liegt in Guben bei ca. 41 % gegenüber 2000. Es sind 37 AGENDA-21-Partner, die sich alle beteiligten und die alle ihre Jahresleistung jedes Mal abgeben und wir erneut berechnen können, was Guben an positiven Leistungen vorzeigen kann. Wir sind in der Solarbundesliga und haben uns von 25 Punkten deutschlandweit auf 131 Punkte verbessert. Die betreffenden Teilnehmer erhalten jährlich eine Urkunde unterschrieben von der deutschen Umwelthilfe. Das ist sehr positiv für die Stadt Guben. Trotzdem müssen wir jetzt feststellen, dass sich die Bergbauggebiete auf uns zubewegen und wir hier noch ein neues Kraftwerk, das auf der polnischen Seite angedacht ist, bekommen. Wir müssten jetzt verlangen, dass ganz Deutschland, genau wie wir, alle Städte und Gemeinden genauso das machen, was wir schon machen. In Berlin und in Bonn brennt Tag und Nacht das Licht, das ist unnötig. Wir haben Besuch aus Wroclaw gehabt. Es wurde eine Einladung übergeben, die Frau Schneider nachher verteilen möchte. Es geht darum, dass sich diese Organisation hier in Gubin einfinden wird und Veranstaltung gegen den Tagebau Gubin-Brody durchführen wird. Die Grundlage dafür ist ein 48seitiger Ärztebericht. Eine Kurzfassung davon ist in der Zusammenfassung, die dem Protokoll angehängt wird, enthalten. Das sind Untersuchungen, die auch wieder eine Organisation durchgeführt hat, die Nahe an unserem Parlament in Brüssel sitzt und hat im Jahr 2013 im „Europäischen Jahr der Luft“ diesen Ärztebericht geschrieben und hat im April eine Pressekonferenz in Berlin durchgeführt und alle Punkte, die sie für wichtig erachten, aufgeführt.

U. a. wurde genannt:

- die Kraftwerke halten zwar Grenzwerte ein, aber es gibt keine sicheren Grenzwerte. Es ist beschrieben, dass China andere Grenzwerte hat, als die EU 2016 beschließen will. In China sind die neuen Kraftwerke weniger schädlich. Die Folgekosten der Kohle fehlen in energiepolitischen Diskussionen. Die WHO entschied deutlich schärfere Grenzwerte. Die modernen Kraftwerke sollen doppelt so umweltschädlich sein, wie in China, so sagen die Ärzte.

- Quecksilber

Hier sagen die Ärzte, sind besonders die Nichtgeborenen gefährdet. Sie kommen mit Gehirnschäden auf die Welt. Das müsste untersucht werden.

Von unserem Kraftwerk in Jänschwalde wissen wir, das Nebenbrennstoffe verbrennen. Ist das wirklich für die Atemluft nicht gefährlich?

Die 20 gefährlichsten Kraftwerke in Europa wurden in einer Tabelle dargestellt. Darunter ist Jänschwalde an 4. Stelle. Dann gibt es noch 1 Kraftwerk in Leipzig und 1 Kraftwerk in Westdeutschland, die auch aufgeführt sind.

Die Aufstellung der Folgekosten bezüglich der Gesundheit wurde darstellt.

Auf Anfrage der Laazener an Frau Bellack bezüglich CO<sub>2</sub>-Minderung erkundigte sich Frau Bellack bei Frau Schneider, ob es Unterlagen gibt. Nach Meinung von Frau Schneider, ist das eine Aufgabenstellung für die Stadtverwaltung. Die Anfrage konnte von Frau Schneider insofern beantwortet werden, indem sie eine Zusammenfassung erstellte und diese an Frau Bellack übergeben hat. Die Zusammenfassung hat Frau Schneider zur Ansicht heute mit. Zur Ausstellung an den 10. Umweltwochen im Verein Pro Guben war leider niemand erschienen, somit könnte sie jetzt die Zusammenfassung zur Verfügung stellen.

Schlussfolgernd kann Frau Schneider sagen, dass zusammen mit Gubin noch eine Menge erreicht werden kann. Es soll auch dazu dienen, dass wir solche Dinge abwehren können, wie noch ein Kraftwerk in unserer Umgebung bauen und noch einen Tagebau. Jetzt sollten andere Städte und Gemeinden dass alles nachmachen.

In eigener Sache weist Frau Schneider darauf hin, dass sie befürchtet, wenn sie aufhört mit dem Verein Pro Guben, dass ein Stillstand entsteht bezüglich der Initiativen. Frau Schneider schlägt vor, eine Stellenbeschreibung bezüglich der Aufgaben in der Stadtverwaltung zu machen, denn es ist eine kommunale Aufgabe. Der Verein Pro Guben hat geholfen, diese Aufgabe zu erfüllen.

#### **Herr Lehmann**

Er bedankt sich bei Frau Schneider für die Ausführungen. Herr Lehmann fragt an, wenn Frau Schneider immer von „wir“ gesprochen hat, dann sprechen Sie vom Verein Pro Guben?

#### **Frau Schneider**

Das ist richtig so. Mit diesem Verein ist Frau Schneider zum Teil in der Stadtverordnetenversammlung. Es ist auch die Aufgabe, die Vereine zu vertreten.

#### **Herr Lehmann**

Das ist höchst interessant, was Frau Schneider vorgetragen hat. Er Lehmann denkt, dass Frau Schneider sich mit um den Nachwuchs bemühen müsste, das wurde ja angesprochen, dass jemand nach dem Ausscheiden diese Aufgaben fortsetzen sollte, um hier analytisch tätig zu sein. Das Problem ist, wir sind nach ihren analytischen Darlegungen sehr positiv hinsichtlich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, aber wir sind hier nicht in einem hermetischen Raum. Wie von Frau Schneider erwähnt wurde, sind auch noch die anderen Betriebe wie Kraftwerke in Jänschwalde, Brody u.a., uns unseren Fortschritt, den wir im Auge haben bzw. realisiert haben, ja wieder zu Nichte machen, deshalb denke ich, ist das nicht eine Aufgabe einer Kommune als Einzelnes, sondern dass die Umwelt überall eigentlich das Hauptthema ist, wenn wir über das Jahr der Luft reden und hier über entsprechende Erkrankungen und Kosten der medizinischen Aufwendungen. Frau Schneider wird gebeten, dass vorliegende Material allen zur Verfügung stellen, damit man sich noch etwas intensiver mit Ihrem Fleiß dort befassen kann, den Sie da aufgeschrieben haben. Wir sind hier im Ausschuss UVOSE. Sicherlich wäre es vorteilhaft, das Thema in der Stadtverordnetenversammlung in der Richtung darzulegen und zu vermitteln, damit wir auch die Wertigkeit Ihres Vereins in der Richtung würdigen. Wir sind heute hier 4 Abgeordnete und die sachkundigen Bürger. Die SVV hat knapp 30 Ab-

geordnete. Darüber sollte nachgedacht werden, in wie weit man diese Unterlagen oder Ihr Thema popularisiert, um es wirklich in dem Bewusstsein zu verankern.

**Frau Schneider**

Ihr Problem ist, wie wir das machen wollen, das ist ihre Frage.

**Herr Dr. Fuchs**

Wird sich die Stadt Guben in irgendeiner Form an dem „Jahr der Luft beteiligen“? Das ist heute auf die Tagesordnung gesetzt worden. Wenn sich die Stadt nicht daran beteiligt, dann frage ich mich, warum der Vorsitzende und der Fachbereichsleiter das Benehmen auf die Tagesordnung gesetzt haben. Ich bin Stadtverordneter und bin für die Tätigkeit jetzt tätig. Das ist alles richtig, was Frau Schneider gesagt hat. Wir haben auch eine riesenhafte Kinderarmut, das kann ich allein nicht lösen. Ich bin Stadtverordneter und in diesem Fall muss ich sagen kein Greenpeace- Mitarbeiter. Ich bin auch nicht verantwortlich für die Kraftwerke. Wenn wir sagen die Luft ist so schlecht in Guben durch die Kraftwerke, dass wir dort reagieren müssen, dann gehe ich da auch noch mit. Wir sollten nicht alles in einen Topf schmeißen. Es ist gut, wenn Sie das machen und Ihre Nachwuchsprobleme müssen Sie im Verein lösen und nicht durch die Stadt und auch nicht durch eine Ausschreibung. Ich bitte nur darum, dass wir Tagesordnungspunkte behandeln, die wir auch wirklich als Stadtverordnete zu behandeln haben. Das ist sicherlich wichtig auch für die Zukunft. Es ist sicherlich unnötig, dass in Berlin und Bonn das Licht ständig brennt, aber ich bin für Berlin und Bonn nicht zuständig und möchte, dass wir hier in dem Ausschuss Themen beraten, mit denen ich konkret etwas mehr anfangen kann.

**Herr Bauler**

Wenn das tatsächlich so ist, wie Frau Schneider sagt, dass es eine kommunale Aufgabe ist, die in die Stadtverwaltung gehört, dann müsste tatsächlich geprüft, ob eine Stelle dafür in der Stadt zu schaffen ist, wenn das die Gesetze so vorsehen, dann hat die Stadt hier den entsprechenden Platz zu schaffen, sollten wir auch prüfen lassen, wenn es so ist. Ansonsten gebe ich dem Dr. Fuchs ebenfalls recht, so wie er das sagt, wir müssen in erster Linie auf Guben beziehen. Es war jetzt ein bisschen weit ausgeholt, aber ich denke mir im Zusammenhang betrachtet, hat Frau Schneider auf bestimmt Problem hinweisen wollen, die hier auch da sind.

**Herr Lehmann**

Ich denke jetzt, dass Ihr Beitrag auch noch mal im Protokoll erscheint und dass man dann in der Verwaltung, im Meeting o. a. zu diesen Aussagen dann mal Stellung bezieht, bzw. dass wir diesbezüglich eine Antwort auf der Grundlage der Protokollführung beanspruchen und damit auch mal beantwortet bekommen, wer ist kompetent, wer ist zuständig, hier entsprechend zu handeln.

**8. Sonstiges**

• **Frau Wilke**

Ich hätte eine Anfrage an den Fachbereich. Inwieweit sieht sich die Stadt wegen dem Kinderspielplatz, da hat sich eine Initiativgruppe gegründet, sieht die Stadt sich da als richtig vertreten und dass ihre Aufgaben da alle wahrgenommen hat, weil die Stellungnahme in der Zeitung war für mich jetzt als sachkundiger Einwohner nicht ganz durchsichtig. Ich will jetzt auch keine Vermutungen anstellen, will einfach hier jetzt mal fragen. Wenn es heute nicht beantwortet werden kann, muss es halt beim nächsten Mal schon irgendwie aktiv dem begegnet werden.

**Herr Lehmann** bittet Herrn Schulz um Beantwortung der Anfrage.

**Herr Schulz**

Die ganze Sache ist bei uns zur Chefsache erhoben worden. Er geht davon aus, dass der amtierende Bürgermeister zur nächsten SVV dazu erschöpfend Auskunft geben wird.

- **Frau Schneider**

Wer eine Einladung haben möchte zum 27.9.2013, um 11:00 Uhr im Kulturhaus in Gubin, der kann sie bei Frau Schneider abholen.

**Herr Lehmann**

Wer terminlich die Aufforderung von Frau Schneider wahrnehmen kann, kann sich eine Einladung mitnehmen. Er möchte die Veranstaltung wahrnehmen.

Er bedankt sich für die aktive Mitarbeit.

Gerhard Lehmann  
Stellvertretender Vorsitzender des  
Ausschusses Umwelt, Verkehr, Ordnung,  
Sicherheit und Euromodellstadt

Hildtrud Materne  
Protokollantin